



forumZFD

MAGAZIN



Meinung

Über Frieden sprechen

Thema

Kriegsfolgen bewältigen

Im Interview

Die Frauenrechtlerin Janet Anyango

Reportage

Tacheles reden in Haifa

Was Sie in diesem Heft erwartet

4 In eigener Sache

5 Friedenspolitik

6 Meinung

Über Frieden sprechen, aber wie?

Impulse für die deutsche Debatte zum Krieg gegen die Ukraine



8 Reportage

Tacheles reden in Haifa

Wie ein jüdisch-arabisches Kulturzentrum in Israel Brücken baut



14 Im Fokus

16 Thema

Den Kreislauf der Gewalt durchbrechen

Wie Projekte des forumZFD helfen, Kriegsfolgen zu bewältigen



20 Im Gespräch

„Ohne Gerechtigkeit gibt es keinen Frieden“

Frauenrechtlerin Janet Anyango



22 Was uns Hoffnung macht

24 Rätsel & Rezept

26 Spenden

Über das forumZFD

Wir im forumZFD unterstützen Menschen in gewaltsamen Konflikten auf dem Weg zum Frieden. Unsere Organisation wurde im Jahre 1996 von Friedens- und Menschenrechtsgruppen gegründet – als Reaktion auf die Balkankriege. Seitdem setzen wir uns für die Überwindung von Krieg und Gewalt ein.

Heute arbeiten wir zusammen mit Friedensberater*innen in Deutschland und zwölf weiteren Ländern in Europa, dem Nahen Osten und Südostasien. Ohne eine gute Ausbildung wäre unsere professionelle Arbeit in Konflikten nicht möglich. Diese bietet unsere Akademie für Konflikttransformation für Menschen in der internationalen Friedensarbeit an. Mit Kampagnen, Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit setzen wir uns aktiv für eine zivile Friedenspolitik ein.

Die Bundesregierung hat uns als Trägerorganisation des Zivilen Friedensdienstes anerkannt. Wir sind Unterzeichner der Initiative Transparente Zivilgesellschaft. Unsere Arbeit finanzieren wir über öffentliche und private Zuschüsse, Spenden und Mitgliedsbeiträge.

Das forumZFD erhielt 1997 den Gustav-Heinemann-Bürgerpreis, 2005 den Göttinger Friedenspreis, 2014 den Friedenspreis Sievershäuser Ermutigung und 2022 den Versöhnungspreis der Klaus Jensen Stiftung.

Impressum

Herausgeber: Forum Ziviler Friedensdienst e. V.,
Am Kölner Brett 8, 50825 Köln
E-Mail: kontakt@forumZFD.de
Internet: www.forumZFD.de
Telefon: 0221 – 91 27 32-0

Redaktion: Christoph Bongard (V.i.S.d.P.),
Petra Gramer, Merle Jakobus, Hannah Sanders
Gestaltung: www.sonja-kleffner.de
Lektorat: www.lektorat.koeln

Fotos ohne Angaben: © forumZFD
Auflage: 5.000 Stück
Gedruckt auf FSC-zertifiziertem Offset-Papier.



Zum Titel

Unser Bild zeigt Demonstrierende in Israels Hauptstadt Tel Aviv. Am 4. Mai, dem „Tag der Gleichberechtigung“, protestieren sie mit bunten Fahnen und Fackeln gegen den israelischen Premierminister Benjamin Netanyahu und die geplante Justizreform seiner ultrarechten Regierungskoalition.

Seit Januar gehen die Menschen regelmäßig auf die Straße. In einem Land mit rund 7 Millionen Einwohnenden versammeln sich bis zu 200.000 Demonstrierende. Auf Deutschland übertragen wären das mehr als 2 Millionen Menschen!

Die Pläne der Regierung zielen darauf ab, vor allem die Befugnisse des Obersten Gerichts einzuschränken. Dessen Entscheidungen könnte das Parlament mit einfacher Mehrheit aufheben. Die Koalition erachtet die Reform als notwendig für eine gleichgewichtete Gewaltenteilung. Die Kritiker*innen wiederum befürchten eine aufgehobene Gewaltenteilung und damit eine ausgehöhlte Demokratie.

Liebe Leserin, lieber Leser,

Russlands Krieg gegen die Ukraine spaltet längst auch die Gesellschaft in Deutschland. Als Friedensorganisation, die schon lange eng mit Partner*innen in der Ukraine zusammenarbeitet und diese auch in Zeiten des Krieges nach Kräften unterstützt, fanden wir uns in der polarisierten deutschen Debatte häufig zwischen den Stühlen wieder. Gemeinsam mit anderen Organisationen haben wir Impulse für eine konstruktivere Debatte über den Krieg und Wege zum Frieden verfasst.

Tiefer denn je gespalten ist auch die israelische Gesellschaft. Ein Ort, der für Verbindendes steht, ist das jüdisch-arabische Kulturzentrum Beit Ha'Gefen in Haifa, ein langjähriger Partner des forumZFD. Unsere Kollegin Danielle Ferreira schreibt in der Reportage, wie sich die aktuelle Situation auf die Arbeit des Zentrums auswirkt.

Jeder Krieg hinterlässt ein schweres Erbe. Damit umzugehen ist ein wichtiger Teil von Friedensarbeit. Wir haben Kolleg*innen in mehreren Ländern gefragt, wie sie mit Partner*innen diese Aufgaben angehen.

Diese drei Themen und einiges mehr erwarten Sie in dieser Ausgabe. In Hoffnung auf friedvollere Zeiten wünscht Ihnen eine anregende Lektüre

Christoph Bongard

Christoph Bongard
Leiter Kommunikation & Politik

Auf Wiedersehen!



Liebe Leser*innen des Magazins!

20 Jahre nachdem ich für den Verein in Serbien meine Arbeit aufgenommen habe, habe ich Ende März die Verantwortung als Vorstandsvorsitzender an meinen Kollegen und Nachfolger Alexander Mauz übergeben.

Ich verabschiede mich bei Ihnen mit Dank für Ihre Unterstützung für die Friedensarbeit, die wir mit mittlerweile 150 engagierten Kolleg*innen aus und in vielen Ländern gestalten:

Ich denke besonders an unsere Partner*innen und Kolleg*innen, die derzeit in und um Odessa Friedensarbeit

im Krieg leisten. Ich bin begeistert von dem, was möglich ist, wo Menschen sich – entschieden für Frieden – zusammen tun und wie in den Höfen von Odessa für ein solidarisches Miteinander sorgen. Diese Arbeit, aber auch die Kampagne zur Stärkung der zivilen Friedensfähigkeiten Deutschlands verdienen unsere Unterstützung.

Meine Bitte: Bleiben Sie, so wie auch ich, dem Forum Ziviler Friedensdienst verbunden: Erzählen Sie von unserer Arbeit und stärken Sie den Verein mit Ihrem regelmäßigen finanziellen Beitrag oder einer Zustiftung!

In herzlicher Verbundenheit
Oliver Knabe



Alexander Mauz ist der neue Vorstandsvorsitzende des forumZFD.

Das forumZFD auf dem Kirchentag

Vom 7. bis 11. Juni findet in Nürnberg der Deutsche Evangelische Kirchentag statt – wie immer mit einem bunten Markt der Möglichkeiten. Wir vom forumZFD sind auch dabei!

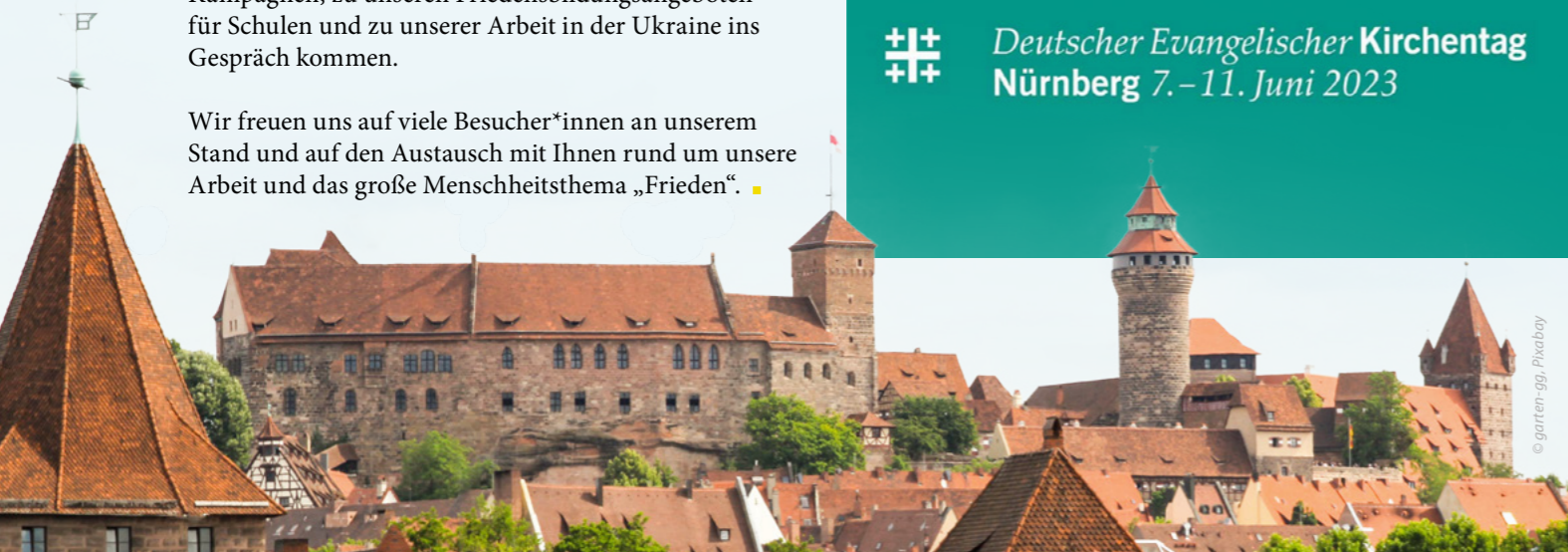
Auf dem Kirchentag können Sie mit uns u. a. zu unseren Kampagnen, zu unseren Friedensbildungsangeboten für Schulen und zu unserer Arbeit in der Ukraine ins Gespräch kommen.

Wir freuen uns auf viele Besucher*innen an unserem Stand und auf den Austausch mit Ihnen rund um unsere Arbeit und das große Menschheitsthema „Frieden“.

Sie finden uns von Donnerstag bis Samstag, jeweils von 10 bis 18 Uhr, in der **Halle 1 am Stand B-16**.



Deutscher Evangelischer Kirchentag
Nürnberg 7.–11. Juni 2023



So kann es gehen

Deutschlands zivile Friedensfähigkeiten stärken

Mehr Investitionen in zivile Krisenprävention und Friedensförderung: Dazu fordert das forumZFD, gemeinsam mit anderen Organisationen, die Abgeordneten des Deutschen Bundestages auf. Seit letztem Herbst läuft die Kampagne „Deutschlands zivile Friedensfähigkeiten stärken“. Die Zahl der Unterzeichnenden wächst und in den letzten Monaten wurden viele Gespräche mit Vertreter*innen der Regierungsfaktionen geführt. Doch wo genau sind mehr Investitionen nötig und in welcher Höhe? Auf diese Fragen gibt ein neues Empfehlungspapier mit dem Titel „Krisenprävention weiterdenken“ jetzt Antworten.

Rund 80 Expert*innen aus Friedensforschung und -praxis entwickelten Anfang Februar im Rahmen eines Fachgesprächs Empfehlungen für die Bundesregierung. Der Zivile Friedensdienst soll demnach bis 2029 von etwa 400 auf 1.000 Fachkräfte ausgebaut werden. Dafür wäre ein jährlicher Etat von 200 Mio. € nötig und ein jährlicher Aufwuchs um 20 Mio. Euro. Die Fachleute schlagen außerdem vor, 100 spezialisierte Stellen an deutschen Botschaften zu schaffen, die für Unterstützung und Schutz von Friedens- und Menschenrechtsaktivist*innen zuständig sind. Lokale Organisationen in Krisen- und Konfliktländern sollen in Zukunft stärker gefördert werden: 25 Prozent der Fördermittel für Krisenprävention sollen direkt an Akteure vor Ort vergeben werden.

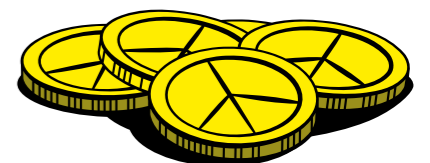


Andere Empfehlungen beziehen sich auf die Stärkung von Deutschlands Beiträgen zu internationalen Friedensmissionen, beispielsweise der Vereinten Nationen oder der OSZE. 1.500 (Polizei-)Beamt*innen sollen zukünftig dafür bereitstehen und die Mittel dafür entsprechend erhöht werden. Aktuell liegt ihre Anzahl trotz höherer Versprechen Deutschlands im niedrigen dreistelligen Bereich.

Auch bei uns in Deutschland müssen nach Ansicht der Expert*innen Friedensfähigkeiten gestärkt werden. Für die Kommunale Konfliktbearbeitung schlagen sie 400 entsprechende Fachstellen und den Aufbau regionaler Kompetenzzentren vor. Außerdem soll die Friedensbildung mit 100 Fachstellen sowie mehr Promotor*innen gestärkt werden. Die Fachleute sind überzeugt: Eine stärkere Rolle Deutschlands in der internationalen Krisenprävention und Friedensförderung braucht einen intensiveren Dialog mit der eigenen Bevölkerung zu diesen Themen. Zudem müsse sichergestellt werden, dass die zusätzlichen Investitionen tatsächlich sinnvoll angelegt werden. Das Papier empfiehlt hierzu,



auch mehr in die Friedensforschung und den Transfer in die Praxis zu investieren. Wir erwarten, dass das Empfehlungspapier vonseiten der zuständigen Ministerien mit Interesse aufgenommen wird. Schließlich legen wir damit einen Vorschlag vor, wie die Bundesregierung ein zentrales Vorhaben aus ihrem Koalitionsvertrag umsetzen kann. Sie hat sich verpflichtet, Planziele für Personal und finanzielle Mittel im Bereich zivile Krisenprävention zu definieren und damit Deutschlands Beiträge zu stärken.



Das vollständige Papier und eine ausführliche Dokumentation des Fachgesprächs finden Sie hier auf unserer Website unter: www.forumZFD.de/zivileplanziele

Über Frieden sprechen, aber wie?

Impulse für die deutsche Debatte zum Krieg gegen die Ukraine

Wir sind deutsche Organisationen der zivilen Konfliktbearbeitung und Friedensarbeit, die seit vielen Jahren auch in der Ukraine oder im ukrainisch-russischen Dialog aktiv sind. Wir sind solidarisch mit unseren Partner*innen aus der Ukraine, die sich im Widerstand gegen den Angriff der Russischen Föderation befinden. Unsere Solidarität gilt auch jenen Menschen in Russland und Belarus, die sich gegen den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine engagieren.

Uns verbindet die Sorge, dass

- Solidarität und Hilfsbereitschaft für die Menschen in der Ukraine schwinden,
- in der hochgradig polarisierten deutschen Debatte über den Krieg der gegenseitige Respekt für unterschiedliche Perspektiven verloren geht und Engagement für Frieden zunehmend diskreditiert wird,
- der Fokus auf das Militärische dazu führt, dass andere Handlungsoptionen zu wenig Aufmerksamkeit erhalten, die Zivilgesellschaft im Krieg kaum Beachtung findet und Spielräume für Diplomatie nicht ausreichend genutzt werden.

In der deutschen Gesellschaft sind unterschiedlichste Positionen und Perspektiven zum Krieg vertreten. Waffenlieferungen und Verhandlungen werden häufig als gegensätzliche Alternativen dargestellt. Diese Engführungen helfen unserer Ansicht nach nicht weiter, denn sie blenden wesentliche Handlungsoptionen aus, die zu einer Minderung der Gewalt und ihrer Folgen, der Beendigung des Krieges und langfristigen Friedensperspektive beitragen können.

Mit dieser Erklärung wollen wir Impulse für eine konstruktive und respektvolle Diskussionskultur über Solidarität im Krieg und Wege zum Frieden geben.



I. Es beginnt mit Empathie. Das Gespräch über Krieg und Frieden muss von einer empathischen Haltung getragen werden. Die Kämpfe dauern an, jeden Tag sterben Menschen. Es ist jetzt für Ukrainer*innen enorm wichtig, dass wir ihr Leid anerkennen, dass sie Gehör und Unterstützung finden.

Auch Russ*innen, die sich der Kriegslogik entgegenstellen, verdienen unsere Solidarität. Einen generellen Boykott russischer Kultur und Menschen in Deutschland lehnen wir ab. Wir halten auch die an Menschenrechten und Demokratie orientierte russische und belarussische Zivilgesellschaft bei allen Bemühungen um Deeskalation und Frieden für wichtige Akteure.

Große Teile der ukrainischen Zivilgesellschaft sehen ukrainisch-russische Dialoge in der aktuellen Situation kritisch oder lehnen sie ab. Wir respektieren diese Haltung. Zugleich können vorhandene oder von allen Beteiligten gewünschte Gesprächskanäle, Dialoge oder Zusammenarbeit auch aktuell helfen, Kriegsfolgen zu mindern und Zukunftsperspektiven zu entwickeln.

II. Mit Ukrainer*innen reden statt über sie. Wenn wir in Deutschland über den Krieg sprechen oder Forderungen formulieren, dann sollten wir den ernsthaften Dialog mit Menschen aus der Ukraine suchen. Sie sind dem Krieg ausgesetzt und ihre Stimmen müssen Gehör finden, wenn darüber gesprochen wird, wie dieser Krieg beendet werden könnte. Einen dauerhaften Frieden kann es nicht über die Köpfe der Menschen des Landes hinweg geben, die jetzt von diesem russischen Angriffskrieg betroffen sind.

III. Die Zivilgesellschaft muss stärker in den Fokus rücken. Sie ist eine unverzichtbare Akteurin, sowohl jetzt im Krieg als auch für eine Friedensperspektive. Der starke Zusammenhalt der ukrainischen Gesellschaft ist beeindruckend und entscheidend dafür, dass die Menschen in der Ukraine seit mehr als einem Jahr dem russischen Angriffskrieg widerstehen können. Der Geist der Solidarität und Freiwilligkeit sollte unbedingt bewahrt werden. Daher steht die ukrainische Zivilgesellschaft weiterhin im Mittelpunkt unserer Unterstützung.

Die aktive Beteiligung zivilgesellschaftlicher Gruppen ist zudem entscheidend für jegliche zukünftige Verhandlungs- und Friedensprozesse. Das gilt ebenso für das internationale Engagement beim Wiederaufbau der Ukraine: Auch hier muss die ukrainische Zivilgesellschaft substantiell beteiligt werden.

IV. Ungehörte Perspektiven in der Debatte über den Krieg einbeziehen. Unser Bild des Krieges ist zwangsläufig einseitig und ausschnitthaft. Die Logik des Krieges dominiert längst auch den öffentlichen Diskurs in Deutschland. Im Mittelpunkt stehen das Militärische, die Gewalt und ausgrenzende Dichotomien von Gut und Böse, Freund und Feind. Wir halten es für wichtig, in der Debatte die Aufmerksamkeit auf die Menschen zu lenken, die nicht sichtbar sind und kaum Gehör finden. Das gilt zum Beispiel für ukrainische Männer, die geflohen sind oder den Kriegsdienst verweigern. Dazu zählen Ukrainer*innen, die vor den Kämpfen in die Russische Föderation geflohen sind oder dorthin verschleppt wurden. Und es gilt für Menschen, die unter russischer Besatzung leben. Aus diesen Gebieten gibt es kaum Berichte, ihre Perspektiven auf den Krieg finden kaum Gehör.

V. Russland hat diesen Krieg begonnen und kann ihn beenden. Dies sagen wir unmissverständlich: Russland hat diesen Krieg 2014 begonnen. Die Entscheidung für den Angriff auf die gesamte Ukraine im Februar 2022 hat allein die Regierung der Russischen Föderation getroffen. Sie hat die Möglichkeit, diesen Krieg zu beenden, indem sie alle Angriffe einstellt und ihre Truppen vom gesamten Staatsgebiet der Ukraine in ihren international anerkannten Grenzen zurückzieht.

VI. Es ist Aufgabe der Diplomatie, Wege aus der Eskalationsspirale und zur Beendigung des Krieges auszuloten. Zu ausgewählten humanitären Fragen fanden und finden bereits Verhandlungen statt, etwa zu Gefangenenaustauschen, Schutzzonen für Atomkraftwerke oder Getreideexporten. Die Bundesregierung sollte solche Verhandlungsformate unterstützen. Auch wenn noch keine Friedensverhandlungen stattfinden, ist es Aufgabe der Diplomatie, diese bestmöglich vorzubereiten und mit Partner*innen abzustimmen. Langfristig werden dabei auch Fragen einer zukünftigen europäischen Sicherheits- und Friedensarchitektur zu verhandeln sein, die über den aktuellen Krieg gegen die Ukraine hinausgehen.

VII. Die Gefahr einer Ausweitung und nuklearen Eskalation des Krieges ernst nehmen. Dieses Risiko muss im öffentlichen Diskurs besprechbar sein und darf nicht zur weiteren Polarisierung der Debatte genutzt werden – etwa durch den Vorwurf des unsolidarischen Handelns oder der Übernahme russischer Propaganda. Es gibt keine moralisch einwandfreien Antworten auf die Frage, wie sehr dieses Eskalationsrisiko das Handeln des Westens bestimmen darf. Vielmehr spielen ethische Dilemmata eine Rolle, die als solche benannt werden sollten.

VIII. Die Wende in der deutschen Sicherheitspolitik weiter kritisch hinterfragen. Seit der „Zeitenwende-Rede“ des Bundeskanzlers am 27.02.2022 vollzieht sich mit großer Geschwindigkeit ein Kurswechsel in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik, die Aufrüstung und Abschreckung in den Mittelpunkt stellt. Wir fürchten, dass Diplomatie und zivile Handlungsmöglichkeiten für Frieden, in der Ukraine und in anderen Konflikten, zu wenig unterstützt und eingesetzt werden. Als Friedensorganisationen werden wir das Handeln der Bundesregierung und ihrer Verbündeten weiter kritisch hinterfragen.

Eine gemeinsame Erklärung von:



Tacheles reden in Haifa

Wie ein jüdisch-arabisches Kulturzentrum in Israel Brücken baut

Von Danielle A. Ferreira



Das Kulturzentrum Beit Ha'Gefen wurde 1963 gegründet, um den Dialog zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen in Haifa zu fördern.

Die Hafenstadt Haifa liegt im Norden Israels. Mit einem arabischen Bevölkerungsanteil von mehr als zehn Prozent zählt sie zu den sogenannten gemischten Städten. Das Zusammenleben ist kompliziert und vielschichtig. Mit Unterstützung des forumZFD bringt das Kulturzentrum „Beit Ha'Gefen“ Israelis und Palästinenser*innen zusammen – eine Arbeit, für die das Team immer wieder angefeindet wird. Dabei sind solche Initiativen angesichts der angespannten politischen Lage wichtiger denn je.

In dem Album „Better than Berlin“ beschreiben der Pianist Faraj Suleiman und der Schriftsteller Majd Kayyal das bittersüße Gefühl, Haifa zu verlassen. Das Lied „Questions on my Mind“ ist bei arabischen Jugendlichen in vielen Ländern beliebt – seien es Palästinenser*innen in Jordanien oder die syrische Diaspora weltweit –, weil es die Sehnsucht nach zu Hause so gut einfängt. Der Erzähler des Liedes ist voller gemischter Gefühle: Berlin sei ja schön und gut, aber der Nachbarschaftsklatsch zu Hause sei nun einmal interessanter. Gleichzeitig drückt er

seinen Unmut über die dortige Situation aus, wenn er an eine Freundin vor Ort gerichtet fragt:

„Schikaniert die Polizei immer noch jede Nacht die arabischen Jugendlichen? (...) Sind wir immer noch von Wut zerfressen? (...) Machen sie euch immer noch verrückt mit ihrem Gerede über Politik?“

Asaf Ron kennt solche negativen Assoziationen mit Haifa nur zu gut. Er ist der Direktor von „Beit Ha'Gefen“, einem jüdisch-arabischen Kulturzentrum, mit dem das forumZFD seit langem zusammenarbeitet. Er sagt: „Meine jüdischen Mitmenschen erzählen mir, wie überrascht sie seien, dass die Palästinenser*innen hier so wütend sind. Sie sagen, Haifa sei doch eine liberale Stadt, warum sollte jemand wütend sein? Aber ich als Jude antworte: ‚Warum sind Sie so überrascht? Wo können die Menschen ihre Meinung äußern, wenn nicht in einer liberalen Stadt? Hier in Haifa haben die Palästinenser*innen zumindest einen gewissen Freiraum, um ihre Meinung zu äußern. Deshalb hören wir mehr von ihrer Wut. Natürlich sollte das nicht in Gewalt ausarten, aber das tut es meistens auch nicht.“

Eine Stadt mit einem komplexen sozialen Gefüge

In Israel ist Haifa bekannt als die „Stadt der Koexistenz“. Der malerische Ort am Mittelmeer zählt rund 284.000 Einwohnende. Die überwiegende Mehrheit sind jüdische Israelis. Es leben aber auch rund 33.000 Palästinenser*innen in Haifa. Mit diesem

arabischen Bevölkerungsanteil von mehr als zehn Prozent zählt Haifa zu den sogenannten gemischten Städten.

Mit der Gründung des Staates Israel im Jahr 1948 wurden auch aus Haifa etwa 65.000 palästinensische Menschen vertrieben. Im ganzen Land verloren Hunderttausende ihr Zuhause. Die Palästinenser*innen gedenken dieser Tragödie als „Nakba“, was auf Arabisch Katastrophe bedeutet, während jüdische Israelis von ihrer „Unabhängigkeit“ sprechen. Den meisten Palästinenser*innen wurde später die Rückkehr verwehrt, so dass sich die Bevölkerungsstruktur in Orten wie Haifa stark veränderte. Vor 1948 war Haifa ein Ort des Handels und der Vielfalt, eine moderne Stadt, die von einheimischen Araber*innen und neu zugewanderten Jüd*innen gemeinsam aufgebaut wurde. Heute ist die arabische Bevölkerung in der Minderheit. Etwa die Hälfte ist christlich, die andere Hälfte muslimisch. Viele palästinensische Menschen haben angesehene Positionen inne und arbeiten im ärztlichen Dienst, im Finanzwesen oder als Künstler*innen. Und auch wenn nicht wenige arabische Familien in Armut leben, so ist die Armutsquote insgesamt doch niedriger als im Landesdurchschnitt.

Unter der vermeintlich stabilen Oberfläche verbergen sich jedoch komplexe Probleme. Diese anzugehen, hat sich das Kulturzentrum Beit Ha'Gefen auf die Fahnen geschrieben. Das Zentrum wurde 1963 gegründet, um den Dialog in der Stadt zu fördern und Brücken zwischen den Bevölkerungsgruppen zu bauen. Ein Beispiel ist das „Museum ohne Mauern“ in Wadi Nisnas: In dem arabischen Viertel hat Beit Ha'Gefen Straßenkunst angebracht, die zum Nachdenken einlädt. Das Zentrum verfügt auch über eine arabischsprachige Bibliothek und fördert lokale Autor*innen von Kinderbüchern. Sogar ein Theater gehört dazu: Das „Al Karama“ zeigt ein Repertoire in arabischer Sprache.



Kunstinstallation im „Dritten Raum“: Das forumZFD unterstützt dieses Projekt des Kulturzentrums bereits seit langem.

Mit dieser Arbeit war das Zentrum schon immer Zielscheibe von Kritik und Anfeindungen. In jüngster Zeit haben diese jedoch eine neue Dimension erreicht. 2022 stürzten Dutzende rechtsgerichtete Aktivist*innen eine Veranstaltung über palästinensische Kultur. „Das Geschrei und die Schikanen ... das war bei weitem nicht das erste Mal. Aber die Lautstärke war noch nie so hoch“, berichtet Asaf Ron.

Die Lage in Israel ist derzeit mehr als angespannt. Das Land erlebt eine massive Protestwelle gegen die Regierung von Benjamin Netanjahu und seinen rechtsextremen Koalitionspartnern. Aktivist*innen und Minderheiten wappnen sich gegen mögliche Einschränkungen demokratischer Grundrechte, wie etwa der Unabhängigkeit der Justiz oder der Meinungsfreiheit. Es wird befürchtet, dass Initiativen wie Beit Ha'Gefen aus Angst vor Gegenreaktionen be-

stimmte Themen nicht mehr öffentlich ansprechen können. „Ich will nicht, dass wir anfangen, uns selbst zu zensieren. Aber ich hoffe sehr, dass wir das überstehen können“, sagt Ron. „Es wird schwer. Unser Ziel war es nie, zu provozieren, sondern einen Nutzen für die Gesellschaft zu bringen. Jüdische Bürger*innen beginnen nun mit Selbstzensur – ein Zustand, den Araber*innen bereits seit 70 Jahren erleben.“

Unter die Oberfläche blicken

Asaf Ron leitet Beit Ha'Gefen nun schon seit zehn Jahren. Das Zentrum wird von der Stadtverwaltung mitfinanziert und ist als Bildungsträger anerkannt.

Asaf Ron leitet Beit Ha'Gefen seit zehn Jahren. Sarki Golani gehört zum Bildungsteam des Zentrums.



Wer Beit Ha'Gefen besucht, dem fallen direkt die vielen Kunst- und Kulturgegenstände auf, die überall im Haus zu sehen sind.



©Noa Shalom

Schüler*innen können sich die Teilnahme an den außerschulischen Lernangeboten für ihren Abschluss anrechnen lassen. Das Team von Beit Ha'Gefen arbeitet eng mit Pädagog*innen und Kunstschaffenden zusammen. Wer das Zentrum besucht, dem fallen direkt die vielen Kunstwerke auf, die überall im Haus zu sehen sind. Sarki Golani aus der Bildungsabteilung zeigt auf ein großes Bild mit einem Eisberg im Wasser. Das Werk des palästinensischen Künstlers Ashraf Fawakhry sei ein Hologramm, erklärt sie: Je nachdem, aus welcher Perspektive man das Bild betrachtet, verändert es sich. So wird sichtbar, was zuvor unter der Wasseroberfläche verborgen war. Eine treffende Metapher für die Arbeit von Beit Ha'Gefen, meint Golani: „Wir versuchen, den Wasserspiegel zu senken. So lernt man, Menschen zu schätzen, für die man vorher keine Wertschätzung übrig hatte.“

Wie sich ‚der Wasserspiegel senken‘ lässt, zeigt das Projekt „Der dritte Raum“, welches das forumZFD unterstützt. Der Titel ist hierbei wörtlich zu nehmen: Gemeint ist die erste Etage eines Gebäudes, das zum Kulturzentrum gehört. Die Treppe hinauf geht es in den ersten Stock. An der Wand ist ein Video zu sehen, das die Frage stellt: „Was passiert, wenn man das Innere nach außen

kehrt?“ Als Nächstes betritt man die Gästelounge, die ganz in der Tradition orientalischer Gastfreundschaft gestaltet ist. In den angrenzenden Räumen werden verschiedene Kunst- und Kulturgegenstände gezeigt. Auch demografische Informationen über Haifa sind auf spielerische Weise aufbereitet. Allein im letzten Jahr kamen über 7.500 Besucher*innen hierher, darunter viele Schulklassen. In Gesprächsrunden mit den Gruppen geht es um Themen wie Kultur und Identität. „Alle Menschen und ihre Geschichten sind willkommen“, betont Sarki Golani.

Die Arbeit ist nicht immer leicht. Golani erinnert sich an einen jungen Teilnehmer aus einer ultraorthodoxen jüdischen Gemeinde, der zunächst distanziert blieb und sich nicht beteiligen wollte. „Es war offensichtlich, dass er sich unwohl fühlte. Als ich die Gruppe durchs Haus führte, fragte ich, ob jemand wisse, was das hier ist.“ Golani zeigt auf einen unscheinbaren kleinen Plastikgegenstand. Men-



Das Kulturzentrum zeigt verschiedenste Gegenstände – zum Beispiel diesen Wäscheschutz für einen jüdischen Gebetsschal.

schon anderer Glaubensrichtungen würden ihn wohl leicht übersehen. Es ist ein Tzitzit-Wäscheschutz, der verhindert, dass die Fransen des Gebetsschals in der Wäsche hängen bleiben. „Der Teilnehmer war sehr überrascht, dass wir so etwas hier haben“, erzählt Golani. „Er fühlte sich anerkannt und eingeschlossen. Und dadurch öffnete er sich auch für die Geschichten der anderen.“

„Der Konflikt fühlt sich sehr existenziell an“

Ein weiteres Aushängeschild von Beit Ha'Gefen ist der Jugendclub „Tacheles“. Das jiddische Wort bedeutet so viel wie Klartext – ein treffender Name für das Projekt, das darauf abzielt, jüdische und arabische Jugendliche über die Themen ins Gespräch zu bringen, die ihnen unter den Nägeln brennen. Asaf Ron betont jedoch, dass zuerst eine Grundlage geschaffen werden müsse: „Begegnungen, die nicht professionell vorbereitet werden, schaden eher, als dass sie nützen. Der Konflikt hier fühlt sich sehr existenziell an: Wenn du nicht im Recht bist, steht deine gesamte Existenz in Frage. Du hast also keine Zeit zum Zuhören. Du musst recht haben.“

©Danielle A. Ferreira

Und das bedeutet, dass die anderen unrecht haben.“ Um diese Denkmuster aufzubrechen, brauche es eine sorgfältige und einfühlsame Begleitung aller Begegnungen.

Es werde immer schwieriger, jüdische Kinder für den Jugendclub zu gewinnen, berichtet Asaf Ron. Er und sein Team führen dies auf die politischen Veränderungen im Land zurück, aber nicht nur. „Jüdische Schüler*innen haben im Allgemeinen mehr Möglichkeiten für außerschulische Aktivitäten. Außerdem kommen viele von ihnen aus weiter entfernten Stadtteilen. Das macht es für uns schwieriger, sie hierher zu bekommen“, sagt Shani Goldman, die die Jugendgruppe koordiniert.

Dabei hat Beit Ha'Gefen den Jugendlichen viel zu bieten – bis hin zu internationalen Austauschen. Hierfür sucht das Team stets auch neue Partner. Letztes Jahr organisierte das Zentrum zum Beispiel eine einwöchige Reise für rund 15 Jugendliche nach Ungarn. Vor kurzem folgte dann der Gegenbesuch in Haifa. Das schweißte die Gruppe zusammen – denn plötzlich fanden sich die so unterschiedlichen Jugendlichen gemeinsam in der Rolle der Gastgeber*innen für ihre Altersgenoss*innen aus Ungarn wieder. Begeistert zeigten sie ihnen ihre Stadt und die lokale Kultur.

Besuch bei einem Imam und einer Rabbinerin

Auf dem Programm stand unter anderem ein Besuch in der al-Jarina

Moschee. Der Imam, Rashad Abu el Hajj, erklärte den Jugendlichen die Geschichte des Gebäudes aus dem 18. Jahrhundert und die Grundsätze des Islams. Dabei betonte er auch, wie wichtig der Dialog mit anderen Religionsgemeinschaften sei. Wenn beispielsweise das islamische Opferfest auf denselben Tag falle wie Jom Kippur, der höchste jüdische Feiertag, sei es wichtig, dies zu thematisieren. Schließlich sei das Opferfest für muslimische Gläubige ein Tag zum Feiern, während Jom Kippur im Judentum ein Tag der Buße und Enthaltensamkeit sei. Um Konflikte zu vermeiden, hätten die Rabbiner in ihren Gemeinden die Bedeutung des Opferfestes erklärt, erzählte Rashad Abu el Hajj. Und die Imame hätten ihrerseits mit ihren Gemeinden über alternative Routen für den Tag gesprochen. Ein praktisches Beispiel dafür, wie die Bedürfnisse verschiedener Religionsgemeinschaften in Einklang gebracht werden können.

Ein weiterer Programmpunkt war ein Gespräch mit der Rabbinerin Noa Mazor. „Was gab es vor 30 Jahren noch nicht?“, fragte sie in die Runde. Die Antworten der Jugendlichen ließen sie schmunzeln: Autos? Telefone? Klimaanlage? „Nun, wir hatten all diese Dinge, aber sie waren anders. Sie haben sich mit der Zeit verändert. Was passiert, wenn sich die Dinge verändern?“, fragte die Rabbinerin weiter. Die Jugendlichen ließen sich nicht lange bitten und diskutierten lebhaft über diese Frage. Schließlich

kamen sie zu dem Schluss: Wenn sich etwas ändert, können die Menschen sich anpassen, wehren oder damit auseinandersetzen.

Der Schlüssel zum Erfolg

Nach diesen Denkanstößen war am Abend schließlich Zeit zum Entspannen. Der Besuch der ungarischen Gäste fiel zufällig auf Purim, einen jüdischen Feiertag, an dem sich die Menschen gerne verkleiden. Der perfekte Zeitpunkt für eine Purim-Party mit Snacks, Musik und einem Kostümwettbewerb. Hierbei wurde besonders deutlich, wie viel die Jugendlichen gemeinsam hatten, trotz ihrer vielfältigen Hintergründe: Wie Teenager auf der ganzen Welt zerbrachen sie sich den Kopf über ihr Outfit, ihre Frisur oder darüber, wie sie bei der Party im Mittelpunkt stehen konnten.

Für Asaf Ron ist dieses ungezwungene Miteinander der Schlüssel zum Erfolg: „Mit dem Jugendclub wollen wir erreichen, dass sich die Teilnehmenden kennenlernen. Und wenn dann etwas passiert, sprechen sie darüber. Wir versuchen nicht, sie zu irgendeiner Verständigung zu drängen. Sie müssen zuhören. Sie müssen verstehen, wer die anderen sind und was sie bewegt. Sie müssen die Standpunkte, den Schmerz und die Ängste jedes Einzelnen verstehen. Das ist es, was die Welt verändert. Nicht, dass sie sich morgen über die Grenze einig sind.“

Gerade für Jugendliche hat das Kulturzentrum viel zu bieten – zum Beispiel den Jugendclub „Tacheles“. Das Zentrum organisiert auch internationale Austausche.



©Danielle A. Ferreira

Israel und Palästina: Stimmen aus der Region

Partner des forumZFD berichten, wie sich die aktuelle Situation auf ihre Arbeit auswirkt.

Bereits seit Monaten erlebt Israel eine landesweite Protestwelle gegen die Regierung von Premierminister Benjamin Netanjahu und seine rechtsgerichtete Regierungskoalition. Die Pläne zur Reform der Justiz spalten die Gesellschaft. Viele Menschen gehen auf die Straße, weil sie um die Demokratie in Israel fürchten. Unterdessen hat sich die Sicherheitslage in Palästina drastisch verschlechtert. In mehreren Städten kam es zu Angriffen auf Zivilpersonen durch die israelischen Sicherheitskräfte sowie zu gewalttätigen Zusammenstößen zwischen Palästinenser*innen und israelischen Siedler*innen.

Am Abend des 26. Februar griffen Hunderte Siedler*innen die Stadt Hawara in der Region Nablus an. Ein Bewohner wurde getötet, Dutzende verletzt. Auch zahlreiche Häuser wurden geplündert und niedergebrannt, ohne dass die israelischen Sicherheitskräfte eingriffen. Vor dem Angriff auf Hawara hatte ein Palästinenser zwei israelische Siedler in der Region erschossen. Kurz nach dem Angriff erklärte Finanzminister Bezalel Smotrich, dass „das Dorf Hawara ausgelöscht werden muss“.

Die Partnerorganisationen des forumZFD in Israel und Palästina setzen sich seit vielen Jahren für Versöhnung, Verständigung und gleiche Rechte aller Menschen ein. Sie und ihre Arbeit sind durch die Eskalation stark bedroht. Unsere Partner berichten, wie sie die aktuelle Situation erleben und wie sie in die Zukunft blicken. Einige Quellen in diesem Artikel bleiben zu ihrem Schutz anonym.



„Die jüngsten Anfeindungen und die Gewalt beeinflussen selbstverständlich unsere grenzübergreifende Arbeit, sowohl logistisch als auch emotional. Auf die letzte Minute müssen wir Örtlichkeiten, Daten und Zeiten von geplanten Projekten anpassen, um niemanden einem Risiko auszusetzen. Wir sehen die Traurigkeit bei den Menschen, mit denen wir sprechen. Wut baut sich auf und das Gefühl von Hoffnungslosigkeit, das durch Gewalt hervorgerufen wird.“

Combatants for Peace

Die **Combatants for Peace** sind eine grenzüberschreitende palästinensisch-israelische Bewegung, die sich mit gewaltfreien Mitteln für ein Ende des Konflikts und der Besatzung einsetzt. In gemischten Gruppen in Israel und Palästina arbeiten sie gemeinsam am Aufbau der notwendigen gesellschaftlichen Voraussetzungen.

Die „Combatants for Peace“ setzen sich mit gewaltfreien Mitteln für ein Ende des Konflikts ein.

Eine Partnerorganisation des forumZFD im Westjordanland

„Straßensperren im Westjordanland, Militärrazzien in Städten und plötzliche Angriffe durch Siedler*innen behindern die Umsetzung vieler Projekte, die auf Frieden und Gleichberechtigung zielen. Es wird gefährlich für die Menschen, ihre Stadt zu verlassen, weil es nicht sicher ist, dass sie zurückkommen können. Frieden schaffen zwischen Israel und Palästina stürzt folglich abwärts auf der Agenda.“

„Angriffe von Siedler*innen kommen täglich vor, aber das ist eine neue Eskalation. Der Angriff auf Hawara war systematisch, sehr gut organisiert und stand unter dem Schutz der israelischen Armee. Dieses Ausmaß haben wir noch nie zuvor gesehen. Das Trauma ist die Nakba, die Ereignisse in 1948, als Menschen aus ihren Häusern vertrieben wurden. Es ist das erste Mal seit der Nakba, dass so etwas auf diese Weise geschieht: Häuser und Autos brannten, Tiere wurden getötet, das Land zerstört und geplündert. Es ist auch das erste Mal, dass ein Minister offen zur Auslöschung einer palästinensischen Stadt aufruft. Wir alle wissen, dass frühere Minister Gewalt gegen Palästinenser*innen unterstützt haben, aber zum ersten Mal wurde das klar ausgesprochen. Das ist sehr gefährlich.“

Eine Partnerorganisation des forumZFD im Westjordanland

Die Organisation „Standing Together“ mobilisiert jüdische und palästinensische Menschen in Israel.



„Als größte jüdisch-arabische Graswurzelbewegung in Israel haben wir eine Schlüsselrolle inmitten der derzeitigen Opposition und der Massenproteste gegen die von der Regierung geplante undemokratische Politik. Hier entsteht eine hochenergetische Diskussion, die eine Chance sein kann, um eine Alternative zu schaffen. Eine Alternative, die der rechtsgerichteten Ideologie etwas entgegengesetzt und die israelische Demokratie neu definiert.“

Standing Together

Die forumZFD-Partnerorganisation **Standing Together** ist eine in Israel tätige Graswurzelbewegung. Unter dem Leitsatz „Wo gekämpft wird, gibt es Hoffnung“ mobilisiert sie jüdische und palästinensische Menschen in Israel für Frieden, Gleichberechtigung, gesellschaftlichen Wandel und Klimagerechtigkeit.

RABBIAT

Dieses Bild entstand nicht etwa in einem Katastrophengebiet, sondern mitten in Berlin. Ein Mitglied der „Letzten Generation“ hat sich an einer viel befahrenen Straße festgeklebt. Die Polizei setzt einen Bohrer ein, um den Asphalt rund um die festgeklebte Hand herauszulösen. Die Aktionen der Aktivist*innen werden von immer hitzigeren Diskussionen um Angemessenheit und Sinnhaftigkeit begleitet. Immer wieder kommt es vor Ort auch zu Handgreiflichkeiten gegen die Aktivist*innen.



© Astrid Westvang, Flickr, CC BY-NC-ND 2.0

Den Kreislauf der Gewalt durchbrechen

Wie Projekte des forumZFD und seiner Partner*innen weltweit helfen, Kriegsfolgen zu bewältigen

Von Lena Muhs, Jenny Munro, Soha Fleyfil und Sunita Dautbegović-Bošnjaković

Das Holocaust-Mahnmal in Berlin: Deutschland ist in der Friedensforschung ein vielzitiertes Beispiel für die schwierige Aufarbeitung der Vergangenheit.

Gewaltsame Konflikte beeinträchtigen das gesellschaftliche Miteinander oft auf Jahrzehnte – selbst wenn die Waffen längst schweigen. Ansätze wie „Transitional Justice“ und „Dealing with the Past“, die auch das forumZFD anwendet, unterstützen auf dem Weg in eine friedlichere Zukunft. Doch was genau verbirgt sich hinter diesen Begriffen?

Völkermord, Folter, sexuelle Gewalt und Vertreibung – gewaltsame Konflikte sind oft von schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen und Gräueltaten gekennzeichnet. Diese prägen Opfer und Überlebende auch dann noch, wenn ein Konflikt zumindest offiziell längst beendet ist. Traumata belasten nicht nur diejenigen, die Gewalt direkt erfahren haben. Sie werden oft auch von Generation zu Generation weitergegeben, wodurch Konflikte verfestigt werden.

Insbesondere wenn Gewalttaten nicht geahndet oder gar geleugnet werden, bleiben Opfer ungehört und ausgegrenzt. Das kann wiederum zu neuer Gewalt führen. Auch gewaltsame Vertreibungen ziehen häufig neue Konflikte nach sich, wenn die Vertriebenen in ihre Heimat zurückkehren wollen. Wie ist es möglich, solche Kreisläufe der Gewalt zu durchbrechen?

Die weltweite Friedensarbeit des forumZFD trägt dazu bei, vergangene Gewalterfahrungen und deren Folgen dauerhaft und umfassend aufzuarbeiten. Die Projekte in diesem Bereich setzen an den Ursachen von Konflikten an und tragen zur Heilung und Versöhnung bei. Solche Ansätze fassen Friedens- und Konfliktforscher*innen häufig unter Begriffen wie „Dealing with the Past“ (auf Deutsch in etwa: Vergangenheitsbewältigung) oder „Transitional Justice“ zusammen. Während sich die meisten Menschen unter der Aufarbeitung der Geschichte etwas vorstellen können, ist der Begriff Transitional Justice in Deutschland eher unbekannt. Wörtlich lässt er



sich in etwa mit „Übergangsjustiz“ übersetzen, doch dies trifft es nicht ganz. Denn das Konzept bezieht sich nicht allein auf eine strafrechtliche Verfolgung der Gewalttaten, sondern beruht auf einer breiteren Auseinandersetzung mit der Vergangenheit in Gesellschaft, Medien und Politik.

Deutschland wird oft als Beispiel genannt

„Verglichen mit der internationalen Diskussion ist die Debatte in Deutschland gleichzeitig einen Schritt voraus und einen hinterher“, schreibt die Friedens- und Konfliktforscherin Susanne Buckley-Zistel. Zwar sei Transitional Justice in der Praxis des Zivilen Friedensdienstes längst als Arbeitsschwerpunkt angekommen. In der deutschen Friedensforschung erhalte das Konzept jedoch weniger Aufmerksamkeit als in anderen Ländern.

Das ist insofern erstaunlich, als Deutschland in der internationalen Literatur zum Thema eines der am häufigsten zitierten Beispiele ist. Es gibt zahlreiche Forschungsarbeiten dazu, wie in Deutschland der Holocaust und die Verbrechen des NS-Regimes aufgearbeitet wurden. Dazu gehörte nicht nur die strafrechtliche Verfolgung der Täter*innen – etwa in den Nürnberger Prozessen –, sondern zum Beispiel auch Entschädigungen für Opfer und Überlebende, Bildungsreformen sowie der Aufbau einer

Erinnerungskultur. Die Vielfalt der Handlungsfelder, die zu Vergangenheitsbewältigung und Transitional Justice gehören, unterstreicht die Dimension des Themas: Die vielfältigen Erfahrungen von Krieg und Gewalt aufzuarbeiten, ist in der Praxis eine enorme Herausforderung.

Das zeigte sich auch Anfang des Jahres bei einer großen Konferenz zu Transitional Justice in den Philippinen. Eingeladen hatten das forumZFD und die Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit. Rund 200 Delegierte lokaler und internationaler Organisationen sowie von Regierungsbehörden und aus der Zivilgesellschaft nahmen teil. Gemeinsam gingen sie der Frage nach, wie ein gerechter und dauerhafter Frieden in der Bangsamoro gelingen kann. Diese Region im Süden der Philippinen war jahrzehntelang Schauplatz von Kämpfen zwischen Regierungstruppen und der muslimischen Unabhängigkeitsbewegung.

Die Ursprünge der Gewalt reichen weit in die Vergangenheit zurück und hängen eng mit der kolonialen Fremdherrschaft zusammen sowie mit Ausgrenzung und Vertreibung muslimischer Gemeinden aus ihren angestammten Gebieten. Seit 1969 hat der Konflikt Schätzungen zufolge ▶

Anfang des Jahres lud das forumZFD in den Philippinen zu einer großen Konferenz über Transitional Justice ein, auf der die Teilnehmenden viel miteinander diskutierten.





über 120.000 Menschen das Leben gekostet, Millionen wurden vertrieben. 2014 unterzeichneten die Konfliktparteien schließlich den lang ersehnten Friedensvertrag. Dieser legte auch die Grundlage für die Gründung der Autonomen Region Bangsamoro.

Dass die Region nun weitgehende Selbstverwaltungsrechte erhält, ist bereits eine Form der Wiedergutmachung für die Jahrhunderte, in denen der muslimischen Bevölkerung genau dieses Recht verwehrt wurde. Doch für einen dauerhaften Frieden braucht es mehr. Ein wichtiger Bestandteil des Friedensvertrags war die Gründung einer „Kommission für Transitional Justice und Versöhnung“ – dies unterstreicht, welche Bedeutung diesem Thema auch von den Konfliktparteien eingeräumt wird. 2016 legte die Kommission einen Bericht mit über 90 Empfehlungen vor, unter anderem zu Reparationszahlungen, Strafverfolgung und institutionellen Reformen.

Oberflächliche Ansätze bringen keine Versöhnung

Allerdings lässt die Umsetzung bis heute auf sich warten. Und so hat Transitional Justice zwar formal einen prominenten Platz im Friedensvertrag, doch die meisten Gewalterfahrungen bleiben weiterhin unbearbeitet. Auch Jahre nach den Kämpfen fühlen sich Betroffene mit den Folgen der Gewalt allein gelassen, viele Gräueltaten bleiben undokumentiert und Verantwortliche wurden nicht zur Rechenschaft gezogen. Das Beispiel der Bangsamoro



zeigt daher auch: Es braucht eine engagierte Zivilgesellschaft, die sich dafür einsetzt, dass diese Aspekte des Friedensabkommens umgesetzt werden und alle Bevölkerungsgruppen in der multiethnischen Region gehört werden. Um eine echte Versöhnung zu bringen, reicht es nicht aus, allein die formelle Grundlage für Transitional Justice auf institutioneller Ebene zu schaffen.

Das lässt sich auch in Bosnien und Herzegowina beobachten. Hier liegen die Kämpfe deutlich länger zurück: Im Jahr 1995 beendete das Friedensabkommen von Dayton offiziell den Krieg. Doch bis heute befindet sich das Land in einer Art eingefrorenem Konflikt.

Ein Grund dafür ist, dass sich die Mechanismen zur Aufarbeitung der begangenen Gräueltaten bislang weitgehend auf die strafrechtliche Verfolgung der Täter*innen beschränken. Andere Ansätze, wie zum Beispiel Entschädigungen für Opfer, eine wahrheitsgetreue Aufklärung über die Ereignisse und das öffentliche Gedenken werden vernachlässigt. Auch gibt es kaum Bemühungen, um sicherzustellen, dass sich die Vergangenheit nicht wiederholt. „Das hat zur Folge, dass Transitional Justice bislang nur eine begrenzte Reichweite hat – sie beschränkt sich auf die Gerichtssäle“, sagt Lejla Gačanica, Rechtsexpertin und Partnerin des forumZFD. „Der öffentliche Raum bleibt dadurch anfällig für Mythen,

In Bosnien und Herzegowina fordern das forumZFD und seine Partner, die Leugnung von Kriegsverbrechen und anderen Gräueltaten unter Strafe zu stellen. Mit Erfolg: Seit 2021 gibt es ein entsprechendes Gesetz.

Streitigkeiten und Manipulationen von Kriegsnarrativen.“ Infolgedessen sind ethnozentrische und einseitige Darstellungen des Kriegsgeschehens weiterhin sehr präsent in Gesellschaft, Medien und Politik.

Zum Beispiel werden auch heute noch Hassbotschaften an öffentliche Gebäude geschmiert, und in Graffiti werden Kriegsverbrecher*innen verherrlicht. Und trotz zahlreicher Gerichtsurteile, die die Verbrechen eindeutig feststellten, halten die Versuche an, die Geschichte umzudeuten. Deshalb hat sich das forumZFD zusammen mit der Organisation „TRIAL International“ dafür eingesetzt, die Leugnung von Völkermord, Holocaust, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit gesetzlich unter Strafe zu stellen. Mit Erfolg: Seit 2021 gibt es in Bosnien und Herzegowina ein entsprechendes Gesetz. „Das ist ein wichtiger Schritt nach vorn“, sagt Sunita Dautbegović-Bošnjaković, Projektmanagerin des forumZFD in Sarajevo. „Jetzt kommt es darauf an, dass die neuen Gesetze in der Praxis auch angewendet werden. Dafür braucht es mehr Sensibilisierung für dieses Thema in der Öffentlichkeit.“ Gemeinsam mit „TRIAL International“ und dem

„Network for Peace Building“ arbeitet das forumZFD deshalb weiterhin daran, alle zentralen Akteur*innen einzubinden und das Bewusstsein dafür zu schärfen, welche Folgen die anhaltende Verherrlichung von Kriegsverbrecher*innen hat.

Ziel ist ein gesellschaftlicher Wandel

In Bosnien und Herzegowina zeigt sich, dass Transitional Justice sich nicht allein darauf beschränken darf, die Verantwortung für Kriegsverbrechen gerichtlich festzustellen. Vielmehr braucht es einen umfassenden Ansatz, der die Gesellschaft als Ganzes miteinbezieht. Es braucht einen öffentlichen Konsens darüber, dass solche Taten inakzeptabel sind. Und es braucht eine Gesellschaft, die sich dazu verpflichtet, Sorge zu tragen, dass sich solche Verbrechen nie wiederholen.

In manchen Ländern sprechen zivilgesellschaftliche Akteur*innen deshalb anstelle von „Transitional Justice“ lieber von „Vergangenheitsbewältigung“, da dieser Begriff noch stärker die notwendige gesellschaftliche Transformation in den Mittelpunkt stellt. Auch das forumZFD konzentriert sich nicht allein auf Reformen auf der politischen oder juristischen Ebene, sondern arbeitet darauf hin, Denkmuster und zwischenmenschliche Beziehungen zu verändern.

So auch im Libanon. Hier wird besonders deutlich, dass zivilgesellschaftliche Initiativen selbst dann etwas bewirken können, wenn sich Staat und Justiz nicht um Aufklärung bemühen. Denn während in Bosnien und Herzegowina die Täter*innen strafrechtlich verfolgt wurden, war die Zeit nach dem Bürgerkrieg im Libanon gekennzeichnet von einer ‚kollektiven Erinnerungslücke‘ – die von der Politik aktiv befördert wurde. So wurde 1991 ein allgemeines Amnestiegesetz für Kriegsverbrechen

erlassen. Infolgedessen wurden die zahllosen Menschenrechtsverletzungen, die während des Bürgerkriegs von 1975 bis 1990 begangen wurden, nicht aufgearbeitet, und der Libanon war in den vergangenen Jahrzehnten immer wieder Schauplatz von Gewalt, einschließlich bewaffneter Zusammenstöße und politisch motivierter Morde. Dringend benötigte institutionelle Reformen wurden nicht angegangen und seitens der Politik gibt es bis heute kaum Bemühungen um Aufklärung, Gerechtigkeit und Versöhnung.

Die Zivilgesellschaft springt ein

Das hält zivilgesellschaftliche Akteur*innen jedoch nicht davon ab, die Geschichte in eigener Initiative aufzuarbeiten: Sie dokumentieren zum Beispiel die begangenen Verbrechen, stehen Opfern zur Seite und machen sich für Dialog und Versöhnung stark. Das forumZFD unterstützt sie dabei. Im Zentrum steht, wie sich die Erinnerungen an den Krieg bis heute auf die Konfliktynamiken in der Gesellschaft auswirken – und was jede*r Einzelne zu Veränderungen beitragen kann.

So bringt zum Beispiel eine Workshop-Reihe des forumZFD mit dem Titel „Erinnerungen an den Krieg“ Lehrkräfte, Sozialarbeiter*innen und

weitere Freiwillige zusammen. Die Teilnehmenden sprechen sowohl über ihre eigenen Erinnerungen als auch über die ihrer Eltern und ihres sozialen Umfelds. Für viele ist es das erste Mal, dass sie offen über den Krieg reden können. Das hilft ihnen, ihre eigene Haltung besser zu verstehen und die Erfahrungen anderer nachvollziehen zu können – und so einen Umgang mit der Vergangenheit zu finden. Ein Teilnehmer erzählt: „Ich komme hierher, um gehört zu werden, aber auch, um den anderen zuzuhören und zu sehen, wie wir aus unseren Schneckenhäusern herauskommen können, in denen wir seit dem Krieg stecken.“

Ob im Libanon, in Bosnien und Herzegowina oder den Philippinen: Alle drei Beispiele zeigen, dass die Bewältigung von Kriegsfolgen eine langfristige Aufgabe für die gesamte Gesellschaft ist. Auf dem Weg gibt es viele Hindernisse. Die Herausforderungen variieren von Land zu Land und das forumZFD und seine Partner passen die Arbeitsansätze an die Bedürfnisse vor Ort an. Doch trotz ihrer Vielfalt haben all diese Initiativen ein gemeinsames Ziel: Die Grundlage für einen gerechten Frieden schaffen, der über das rein formale Ende der Feindseligkeiten hinausgeht und einen echten Wandel im gesellschaftlichen Miteinander bedeutet. ■



Ein Workshop des forumZFD im Libanon: Für viele Teilnehmende ist es das erste Mal, dass sie offen über den Krieg reden können.

„Ohne Gerechtigkeit gibt es keinen Frieden“

forumZFD-Interview mit der Frauenrechtsanwältin Janet Anyango

Janet Anyango arbeitet als Anwältin für die „Federation of Women Lawyers“ in Kenia. Dabei vertritt sie vor allem Frauen, die ansonsten keinen Zugang zu juristischer Hilfe hätten. Sie ist außerdem ausgebildete Mediatorin und nahm 2021 an der Weiterbildung zu Friedens- und Konfliktarbeit der forumZFD-Akademie teil. Im Interview erzählt sie unter anderem, wie sie das Gelernte in ihrer täglichen Arbeit anwendet.

Frau Anyango, worin genau besteht Ihre Arbeit bei der „Federation of Women Lawyers“?

Wir sind eine Organisation, die sich für Frauenrechte und gegen jegliche Form von Diskriminierung einsetzt. Vor Gericht vertreten wir Frauen, die sich sonst finanziell keinen rechtlichen Beistand leisten könnten. Unser Fokus liegt auf Themen wie sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt, Land- und Eigentumsrechten, Familienangelegenheiten und Kinder- und Eherechten. Neben der Vertretung unserer Klientinnen vor Gericht bereiten wir einige auch darauf vor, sich selbst zu verteidigen. Darüber hinaus bin ich ausgebildete Mediatorin. Die Themen Frieden und Konflikt beschäftigen mich daher sehr.

Warum haben Sie angefangen, im Bereich der Friedensarbeit und Menschenrechte zu arbeiten?

Seit ich ein kleines Kind war, wollte ich Anwältin werden. Ich wollte sicherstellen, dass Menschenrechte geschützt, eingehalten und respektiert werden. Nach meinem Jurastudium entdeckte ich die „Federation of Women Lawyers“ und fing an, dort zu arbeiten. Dabei ist mir bewusst geworden, dass ich mich nicht nur für Menschenrechte allgemein einsetzen möchte – sondern ganz besonders für Frauenrechte. Ich wollte einen Beitrag dazu leisten, dass alle Menschen zu ihrem Recht kommen. Es geht darum, dass Frauen Kontrolle über sich, ihren Körper und all das, was ihnen wichtig ist, haben. Wir sind fest überzeugt, dass es ohne Gerechtigkeit keinen Frieden gibt. Den Klientinnen bedeutet unsere Hilfe sehr viel:



Janet Anyango bei einem Besuch des Nelson Mandela Museums in Soweto, Südafrika.

Sie werden gehört und wahrgenommen. Hierbei spielt auch die sogenannte alternative Rechtsprechung eine wichtige Rolle.

Was verbirgt sich dahinter?

Einerseits gibt es die formellen, offiziellen Gerichtsprozesse. Es gibt aber auch viele Fälle, die durch andere Methoden bearbeitet werden. Das bezeichnen wir als alternative Rechtsprechung. Dieses System erkennt die Tatsache an, dass Konflikte auch auf informelle Art durch Mediation und Versöhnung gelöst werden können. Genau weil dieses Verfahren so informell und kostengünstig ist, ist es sehr interessant für unsere Klientinnen. Mich persönlich motiviert es zu sehen, dass Menschen ihre Meinung überdenken und ändern können.



Mit ihrer Arbeit setzen sich Janet Anyango (rechts im Bild) und ihre Kolleg*innen gegen jegliche Form von Gewalt gegen Frauen und Mädchen ein.

2021 haben Sie an der zehnwöchigen Weiterbildung zu Friedens- und Konfliktarbeit teilgenommen, die unsere Akademie für Konflikttransformation anbietet. Was ist Ihnen davon in Erinnerung geblieben?

Der Kurs war sehr interessant für mich, weil ich mich mit Menschen aus der ganzen Welt austauschen konnte. Es war spannend, verschiedenste Konfliktgebiete, in denen die anderen Teilnehmenden aktiv sind, kennenzulernen. Ich habe gelernt, wie wichtig es ist, sensibel mit Konflikten umzugehen – auch in meiner eigenen Projektarbeit. In unserer täglichen Arbeit beschäftigen wir uns zwar bereits viel mit der Durchführung und Auswertung von Projekten, aber manchmal haben wir trotzdem blinde Flecke. Der Kurs hat mir bewusst gemacht, dass manche Konflikte nicht auf den ersten Blick erkannt werden können. Ich fand auch den Gedanken interessant, dass die Abwesenheit von Krieg nicht gleichbedeutend ist mit Frieden – so hatte ich darüber noch nie nachgedacht.

Und nicht zuletzt hat der Kurs auch meinen Blick auf Selbstfürsorge verändert. Davor habe ich zum Beispiel im Urlaub meinen Schreibtisch aufgeräumt. Jetzt weiß ich, dass ich diese Zeit bewusst außerhalb der Arbeit verbringen sollte, um neue Energie und Kraft zu sammeln.

Selbstfürsorge ist ein gutes Stichwort – schließlich sind Sie in Ihrer Arbeit mit vielen schwierigen Themen konfrontiert. Zum Beispiel berichten Ihnen Ihre Klientinnen von traumatischen Erfahrungen. Wie gehen Sie damit um?

Wir bieten unseren Klientinnen immer psychosoziale Unterstützung an. Unsere Arbeit ist sehr viel leichter, wenn die Klientinnen mental gesund sind. Doch leider sind psychische Probleme immer noch ein Tabuthema in Kenia. Betroffene schämen sich und identifizieren sich ungern damit. Meiner Meinung nach ist es ganz zentral, sich solcher Probleme bewusst zu werden, um Hilfe erhalten und annehmen zu können. Wir haben in unserem Team auch Methoden entwickelt, um auf unser eigenes Wohlbefinden zu achten. Zum Beispiel treffen wir uns regelmäßig zu Auswertungen und Nachbesprechungen.

Wir versuchen, füreinander da zu sein. Kommunikation ist dabei ganz wichtig.

Was gibt Ihnen trotz der Herausforderungen die Kraft, Ihre Arbeit fortzusetzen?

Wir haben in Kenia sehr fortschrittliche Gesetze. Deshalb habe ich Vertrauen in unser Justizsystem. Gerichte sind verpflichtet, auf die Möglichkeit der alternativen Rechtsprechung hinzuweisen. Das ermutigt mich. Mein Highlight jedoch ist es, Klientinnen ein Lächeln ins Gesicht zu zaubern. Ich glaube nicht, dass irgendeine andere Tätigkeit mich so erfüllen könnte: Unsere Arbeit bewirkt, dass sich Menschen nicht länger hilflos fühlen. Wir geben ihnen neue Perspektiven. So gelingt es uns, Menschen von der Relevanz der Friedensförderung, Vermittlung und Schlichtung zu überzeugen. Solche Auswirkung auf das Leben anderer zu haben, motiviert mich ungemein.

Das Gespräch führte Merle Jakobus.



Für ihren Einsatz für Gleichberechtigung erhielt Janet Anyango am Weltfrauentag 2023 ein Zertifikat von der Bezirksregierung Kisumu.

Die Akademie für Konflikttransformation

Die Akademie des forumZFD ist ein Lernort für professionelle, internationale Friedens- und Konfliktarbeit. Seit 1997 bilden wir Fachkräfte in Ziviler Konfliktbearbeitung aus. Unsere Bildungsarbeit basiert auf der Überzeugung, dass gewaltfreie, konstruktive Konfliktbearbeitung lehr- und erlernbar ist. Unsere Absolvent*innen leisten wichtige Beiträge auf dem Weg zu einer Gesellschaft, die Konflikte gewaltfrei bearbeitet. Sie sind international und in allen Tätigkeitsbereichen der Friedens- und Konfliktarbeit im Einsatz.



forumZFD

WAS UNS *Hoffnung* MACHT



GEMEINSAMES GEDENKEN

Der Joint Memorial Day, die gemeinsame israelisch-palästinensische Gedenkfeier für die Opfer der Gewalt und des Krieges, fand am 24. April erstmals seit Beginn der Corona-Pandemie wieder in Präsenz statt. Rund 15.000 Menschen kamen in Tel Aviv zusammen, etwa 200.000 weitere verfolgten die Feier über einen Livestream. Der Joint Memorial Day findet stets am Vorabend des offiziellen Memorial Days statt. Dieser ist ein bedeutender israelischer Nationalfeiertag. Er ist ausschließlich den gefallenen Soldat*innen und Anschlagsoffizieren auf israelischer Seite gewidmet. Die gemeinsame Gedenkfeier macht hingegen auf die Schicksale auf beiden Seiten aufmerksam. Ins Leben gerufen wurde sie 2006 von den Combatants for Peace, einer langjährigen Partnerorganisation des forumZFD.

GESCHÜTZTE HOCHSEE

15 Jahre haben die Verhandlungen gedauert: Anfang März einigten sich die UN-Mitgliedstaaten auf ein internationales Abkommen zum Schutz der Hochsee. Die Hochsee beginnt 370 Kilometer von der Küste entfernt und macht zwei Drittel aller Meeresgebiete und rund die Hälfte der Erdoberfläche aus. Nun kann das Artenschutzabkommen auch auf das Meer angewendet werden. Die UN haben sich zum Ziel gesetzt, 30 Prozent der Erdoberfläche als Schutzgebiete auszuweisen. Ein wichtiger Schritt hin zu mehr Stabilität des Ökosystems und damit auch dem Schutz der Lebensgrundlagen der Menschen.



FRIEDLICHER PROTEST

Laut einer Studie des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB) hat sich das Protestgeschehen in Deutschland normalisiert. Die Zahl konfrontativer und gewaltsamer Proteste ging 2022 im Vergleich zu den Corona-Jahren zurück und erreichte wieder das vor-pandemische Niveau. Die Forschenden finden dies bemerkenswert angesichts der vielen sich überlagernden Krisen des letzten Jahres. Die Protestbereitschaft in der Bevölkerung ist nach wie vor da: Mehr als jede*r vierte Befragte kann sich vorstellen, an einer Demonstration gegen steigende Energie- und Lebenshaltungskosten teilzunehmen.



FEMINISTISCHE ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT



Gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen am sozialen, politischen und wirtschaftlichen Leben ist eine wichtige Voraussetzung für eine friedliche Gesellschaft. Im März stellte Bundesministerin Svenja Schulze, zuständig für den Zivilen Friedensdienst, die Strategie für eine feministische Entwicklungszusammenarbeit vor. Darin ist die gleichberechtigte Teilhabe als oberstes Ziel formuliert. Die Strategie soll Lösungsansätze gegen Diskriminierung und Unterdrückung liefern und nimmt Frauen als Wissensträgerinnen und Entscheidungsträgerinnen in den Fokus. In den Erarbeitungsprozess waren zivilgesellschaftliche Organisationen sowie Fachleute aus dem Globalen Süden und dem Globalen Norden eingebunden. Die feministische Entwicklungszusammenarbeit ist abgestimmt mit den ebenfalls im März vorgestellten Leitlinien für eine feministische Außenpolitik. Für den Frieden ist das eine sehr gute Nachricht: Zahlreiche Studien belegen den positiven Einfluss von Frauen auf Friedensprozesse.

BEDINGUNGSLOSES ASYL

Seit der Rückeroberung Afghanistans durch die Taliban werden die Frauen und Mädchen im Land massiv in ihren Menschenrechten verletzt. Sie dürfen nicht studieren, nicht arbeiten, müssen sich verhüllen und sollen in der Öffentlichkeit nicht vertreten sein. Die EU hat an ihre Mitgliedstaaten appelliert, Afghaninnen bedingungsloses Asyl zu gewähren. Schweden und Dänemark gehen dabei nun voran. In beiden Ländern reicht es nun aus, weiblich und aus Afghanistan zu sein, damit ein Asylverfahren mit einem positiven Bescheid abgeschlossen wird.

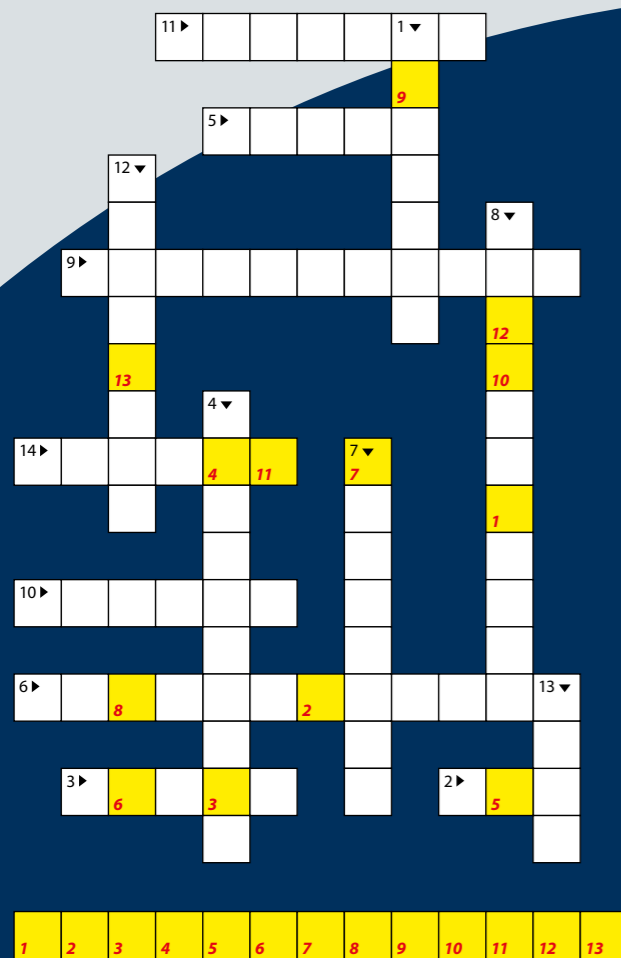


Mitmachen und gewinnen!

Senden Sie uns das Lösungswort des Rätsels bis zum 25. Juni 2023 zu. Sie nehmen dann automatisch an der Verlosung der DVD „Disturbing the Peace“ teil.

Die drei Gewinner*innen erhalten jeweils ein Exemplar des Films über die israelisch-palästinensische Friedensinitiative und forum-ZFD-Partnerorganisation „Combatants for Peace“. Anhand persönlicher Schicksale erzählt der Film, wie die ehemals verfeindeten Kämpfer*innen sich von der Gewalt abwandten und sich heute gemeinsam für ein friedliches Zusammenleben engagieren.

Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.



Die Rätselfragen:

- 1 Wie viele Jahre arbeitete Oliver Knabe beim forumZFD?
- 2 Mit welcher Partei bildet die SPD in Berlin eine Koalition?
- 3 In welchem Land arbeitet die Frauenrechtsanwältin Janet Anyango?
- 4 Was fordern Klimaaktivist*innen mit Blick auf Autobahnen?
- 5 Welche Stadt ist in Israel auch bekannt als „Stadt der Koexistenz“?
- 6 Wogegen protestieren aktuell viele Menschen in Israel?
- 7 Wo findet 2023 der Evangelische Kirchentag statt?
- 8 Der Joint Memorial Day ist eine gemeinsame israelisch-palästinensische ... für die Opfer der Gewalt und des Krieges.
- 9 Wo fand Anfang 2023 eine große Konferenz des forumZFD zu Transitional Justice statt?
- 10 Im Jahr 1995 beendete das Friedensabkommen von ... offiziell den Krieg in Bosnien und Herzegowina.
- 11 Wie heißt die Bundesministerin, die für den Zivilen Friedensdienst zuständig ist, mit Nachnamen?
- 12 Welche EU-Mitgliedstaaten gewähren Afghaninnen bedingungsloses Asyl? Dänemark und ...
- 13 Wie heißt der neue Vorstandsvorsitzende des forumZFD mit Nachnamen? Alexander ...
- 14 Welches Bundesland ist flächenmäßig am kleinsten?

Lösungshinweise: Umlaute brauchen nur ein Kästchen.
Die Auflösung des Rätsels finden Sie ab dem 26.06.2023 unter:
www.forumZFD.de/raetsel

Raheb



Zutaten für zwei Portionen:

- ¼ Tasse Zitronensaft
- ½ Tasse Olivenöl
- ¼ Tasse Granatapfel-Sirup
- 1 Knoblauchzehe
- 1 Zwiebel
- 1 Aubergine
- 1 grüne und 1 rote Paprika
- 2 mittelgroße Tomaten
- 2 Radieschen
- ½ Bund Frühlingszwiebeln
- 1 Bund Petersilie
- ¼ Tasse Granatapfelkerne
- Salz & Pfeffer

Zubereitung:

Für das Dressing den Zitronensaft, das Olivenöl und den Granatapfel-Sirup vermischen. Die Knoblauchzehe pressen oder sehr fein würfeln und zum Dressing dazugeben. Mit Pfeffer und Salz würzen.

Für den Salat die Zwiebel ungeschält zusammen mit der Aubergine und beiden Paprikas für ca. 15 Minuten backen (180° C Ober-/Unterhitze). Dann das Gemüse aus dem Ofen nehmen, halbieren und für ca. 15 Minuten in ein Sieb legen, damit das überschüssige Wasser abtropft. Anschließend die Zwiebel schälen, die Paprika entkernen und den Strunk der Aubergine entfernen. Dann alle drei Zutaten in kleine Stücke schneiden.

Tomaten und Radieschen würfeln. Frühlingszwiebeln in Ringe schneiden. Petersilie hacken. Das gebackene Gemüse in eine Salatschüssel legen und mit der Petersilie und einem Viertel des Dressings vermengen. Dann das rohe Gemüse darüber verteilen. Den Salat abkühlen lassen und mit dem restlichen Dressing und frischen Granatapfelkernen servieren. Dazu passt besonders gut libanesisches Fladenbrot.

Sommerlicher Salat aus dem Libanon

Ali Fakhry ist Foodblogger und Aktivist aus dem Libanon. Er findet: Das libanesisches Essen spiegelt die Geschichte und die gesellschaftlichen und spirituellen Traditionen des Landes wider.

„Libanesisches Essen ist ein großer Teil unserer Identität. Gerade in der Diaspora zeigt es unsere Vielfalt, indem individuelle Geschichten als Gerichte auf den Tellern landen. Als wir das erste Mal eine große Reise machten, hatten wir im Gepäck unsere Sprache, Wein, Kräuter, Gewürze und unsere Kochkunst – und damit haben wir die Welt auf unsere eigene Art erobert.“

Weitere Rezepte des Foodbloggers finden Sie auf Instagram und Facebook unter:
[@AlibattaEats](https://www.instagram.com/AlibattaEats)



Große Spende oder Zustiftung?

Den Frieden stark zu machen, bedeutet auch, ihn finanziell zu stärken. Denn Friedensarbeit kostet Geld. Im forumZFD setzen wir dieses unter anderem ein in unseren politischen Kampagnen, für unsere Bildungsarbeit an Schulen oder zugunsten unserer Friedensarbeit vor Ort in Kriegs- und Krisenregionen.

Insbesondere wenn es um höhere Beträge geht, erreichen uns im forumZFD häufig Anfragen, welche Art der Zuwendung besonders wirksam ist. Soll es eine große Spende sein oder doch besser eine Zustiftung? Unsere Antwort: Es kommt darauf an.

Jetzt den Frieden stark machen – mit Ihrer Großspende

Große Spenden an den Verein Forum Ziviler Friedensdienst verwenden wir zeitnah und Ihren Wünschen gemäß für unsere Friedensarbeit. Wenn Sie jetzt, inmitten besonders unfriedlicher Zeiten, ein starkes Zeichen setzen und ganz unmittelbar und gezielt zur Veränderung beitragen möchten, dann ist eine große Spende dafür sehr gut geeignet.

In eine friedliche Zukunft investieren – mit Ihrer Zustiftung

Eine Zustiftung in unsere Stiftung setzt auf mittelbare und langfristige Hilfe. Mit einer Zustiftung widmen Sie Ihr Geld dauerhaft der Arbeit am Frieden. Das Stiftungskapital wird nicht angetastet, nur mit den Erträgen unterstützt die Stiftung die Friedensarbeit des Vereins forumZFD. Eine Zustiftung ist dann besonders wirksam, wenn die jährlichen Erträge eine nennenswerte Summe ergeben. Diese Erträge fließen dann zuverlässig und kontinuierlich in die Friedensarbeit.

Ihre steuerlichen Vorteile

Für Spenden und Zustiftungen können Sie bis zu 20 Prozent des Gesamtbetrags Ihrer Einkünfte als Sonderausgaben steuerlich geltend machen. Zusätzlich zu diesem allgemeinen Abzug können Sie für Zustiftungen bis zu 1 Mio. Euro verteilt auf zehn Jahre steuerlich absetzen. Sollten Sie geerbt haben und das ererbte Vermögen innerhalb von 24 Monaten ganz oder teilweise an die Stiftung Forum Ziviler Friedensdienst weitergeben, können Sie Ihre Erbschaftssteuer mindern.

Gerne stehen wir Ihnen für ein Gespräch zur Verfügung, in dem wir über gemeinsame Vorstellungen einer friedlichen Welt sprechen und die Unterstützungsform finden, die am besten zu Ihnen passt.

Herzlichen Glückwunsch!

Prof. Dr. Hanne-Margret Birckenbach, Mitgründerin unserer Stiftung, wurde im April mit dem renommierten Göttinger Friedenspreis ausgezeichnet. Wir gratulieren ihr dazu von Herzen! Die emeritierte Professorin und Friedens- und Konfliktforscherin erhielt den Preis für ihre „grundlegenden wissenschaftlichen Arbeiten zu Themen, die die Friedensforschung seit ihren Anfängen beschäftigen“. Die ehemalige Bundesministerin Edelgard Bulmahn (SPD) hielt die Laudatio und würdigte insbesondere den Beitrag der Preisträgerin zum Transfer ihrer Forschungsergebnisse in die praktische Friedensarbeit:



„Frieden hat man nicht, Frieden muss man machen“: Hanne-Margret Birckenbach misst zivilgesellschaftlichen Organisationen wie dem forumZFD eine entscheidende Bedeutung beim Schaffen und Sichern von Frieden bei.

„Sie wollte und will etwas bewegen, Beiträge liefern für die Entwicklung gewaltfreier Konfliktlösungsstrategien und Bausteine für eine nachhaltige Kultur des Friedens. Frieden ist für sie eine Schlüsselkategorie für das menschliche Zusammenleben. [...] Ihre Arbeiten, Modelle und Theorien wurden aufgegriffen, breit rezipiert und zeigen Wirkung! Und das ist ganz sicher der schönste Preis, den man erhalten kann.“

So können Sie das forumZFD unterstützen:

Regelmäßig spenden

Frieden braucht kontinuierliche Aufmerksamkeit und Pflege. Mit einer regelmäßigen Spende (Einzugsermächtigung oder Dauerauftrag) leisten Sie dazu einen entscheidenden Beitrag.

Mitglied werden

Wir freuen uns sehr über neue Mitglieder, die mit uns gemeinsam das forumZFD und seine Arbeit stärken und weiterentwickeln. Der Beitrag liegt bei 180 Euro im Jahr (ermäßigt 90 Euro).

Spenden oder Stiften im großen Stil

Sie möchten einen größeren Betrag für den Frieden einsetzen? Gerne besprechen wir mit Ihnen, wie Sie dies besonders wirkungsvoll tun können.

Spenden statt Geschenke

Freudige, aber auch traurige Anlässe wecken häufig den Wunsch, im Familien- und Freundeskreis um Spenden für ein Herzensanliegen zu bitten. Wir unterstützen Sie gerne bei der Umsetzung.

Wir beraten Sie gerne

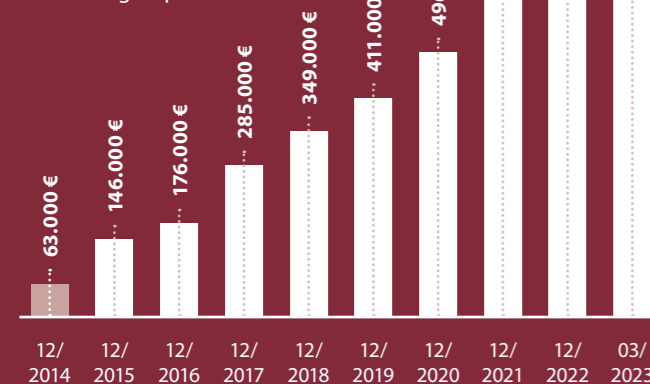
Bei Fragen rund um das Thema Spenden und Mitgliedschaft hilft Ihnen unsere Referentin für Spendenkommunikation weiter:



Petra Gramer
E-Mail: gramer@forumZFD.de
Telefon: 0221 – 91 27 32-32

Stiftung forumZFD Kapitalentwicklung

■ Gründungskapital
■ Stiftungskapital



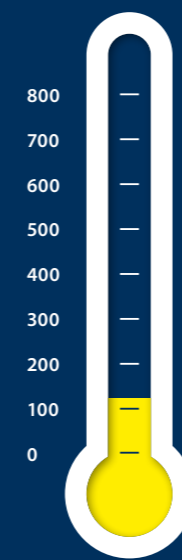
Konto für Zustiftungen

GLS-Gemeinschaftsbank
IBAN DE89 4306 0967 1062 9128 00

Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung!

forumZFD Spendenbarometer

Zielsetzung 2023: **645.000 €**
Stand 31.03.2023: **122.000 €**



Das forumZFD ist Unterzeichner der „Initiative Transparente Zivilgesellschaft“:
www.forumZFD.de/initiative-transparente-zivilgesellschaft



Initiative
Transparente
Zivilgesellschaft

Spendenkonto forumZFD e. V.

GLS-Gemeinschaftsbank
IBAN DE90 4306 0967 4103 7264 00

Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung!

*„Sie glauben, miteinander zu streiten.
Und fühlen das Unrecht von beiden Seiten.“*

Johann Wolfgang von Goethe (1749 – 1832)



forumZFD



mit freundlicher Genehmigung von Kostas Koufajorgos

Entschieden für Frieden

forumZFD
Forum Ziviler Friedensdienst e. V.
Am Kölner Brett 8
50825 Köln

Telefon 0221 – 91 27 32-0
Fax 0221 – 91 27 32-99
E-Mail kontakt@forumZFD.de
www.forumZFD.de

Spendenkonto:
GLS Gemeinschaftsbank
IBAN DE90 4306 0967 4103 7264 00
BIC GENODEM1GLS